

## Das ist der falsche Ansatz

Selbst eine ganz große Koalition in Düsseldorf kann nichts daran ändern: Eine Sperrklausel bei Kommunalwahlen, sei sie noch so „moderat“, ist nicht nur verfassungsrechtlich sehr bedenklich.

Mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten – so lautet vor dem Hintergrund von Parteienverdrossenheit und niedriger Wahlbeteiligung eigentlich das politische Gebot der Stunde. Die Einführung einer neuen Hürde zielt dagegen in die entgegengesetzte Richtung.

Und: Demokratie kostet nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Anstatt sich gebetsmühlenhaft über die Zersplitterung von Räten sowie Marathon-Sitzungen zu beklagen, sollten etablierte Parteien lieber die politische Auseinandersetzung mit „Kleinen“ suchen – so schwer dies bei Provokationen insbesondere aus dem rechten Lager bisweilen auch fallen mag. (loc)